

rufen. Diese Entwicklung ist gleichzeitig auch Ergebnis und Ausdruck des — *Gesetzes der ungleichmäßigen ökonomischen und politischen Entwicklung des Kapitalismus*. Dabei besteht ein gemeinsames Interesse der kapitalistischen Länder an der Aufrechterhaltung eines funktionsfähigen Währungssystems, um den Wettkampf mit dem Sozialismus zu bestehen. Dieses Gesamtinteresse kollidiert jedoch mit den auf Profitmaximierung ausgerichteten Interessen der Monopole in den einzelnen Ländern. Mittels währungspolitischer Maßnahmen und unter Ausnutzung bestimmter Erscheinungsformen der W. wird zwischen den kapitalistischen Hauptländern ein erbitterter Kampf um die politische und ökonomische Vorherrschaft im kapitalistischen Weltssystem und innerhalb einzelner Machtgruppen (beispielsweise der EWG) geführt. Typische Beispiele sind u. a. die monatelangen Auseinandersetzungen zwischen der BRD und Frankreich in den Jahren 1968/69 um die Abwertung des französischen Franc bzw. die Aufwertung der DM oder der Kampf um die Abwertung des US-Dollars, wobei wiederum aus politischen Erwägungen keine geschlossene Front gegen die USA zustande kam. Dieser ständige Kampf zwischen den kapitalistischen Hauptländern ist Ausdruck des Konkurrenzkampfes im kapitalistischen System um die Erzielung von Höchstprofitten. Die Haltung der jeweiligen Regierungen hängt dabei entscheidend von der Kräftekonstellation der Monopolgruppen innerhalb des einzelnen Landes ab, da sich jede währungspolitische Maßnahme und Entscheidung, sei es auf binnen- oder außenwirtschaftlichem Gebiet, unterschiedlich, oft gegensätzlich auf die Interessen der verschiedenen Monopolgruppen auswirkt. Das beweist jedoch nur die Unlösbarkeit der Widersprüche des Kapitalismus, die in der W. ihren Ausdruck finden. Erscheinungsformen der W. sind: -> *Inflation*, ständig

sinkende Kaufkraft der Währungen, Ab- und Aufwertungen, chronisches Zahlungsbilanzdefizit, ungleichmäßige Verteilung der Währungsreserven, Währungsspekulationen größten Ausmaßes, Erlaß von devisenzwangswirtschaftlichen Maßnahmen. Sie wirken negativ auf die Außenhandelsbeziehungen der kapitalistischen Länder zurück. Das bisherige internationale Währungssystem des Kapitalismus wurde im Internationalen Währungsfonds (IWF) institutionalisiert. Es galten folgende Grundprinzipien: Der US-Dollar fungiert als Leitwährung und hat eine feste Parität von 35 Dollar pro Unze Feingold; es bestehen feste Wechselkurse; der Dollar ist von zentralen ausländischen Währungsbehörden gegen Gold konvertierbar; die Mitgliedsländer des Fonds können zum Ausgleich ihrer Zahlungsbilanzen Kredite aufnehmen. Dieses System ist zusammengebrochen. Der IWF wird vom Zehnerclub beherrscht, in dem sich 1962 die USA, die BRD, Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan, Holland, Kanada, Belgien und die Schweiz zu einer „Allgemeinen Kreditvereinbarung“ zusammengeschlossen haben. Der Zehnerclub erklärte sich bereit, über den Rahmen und die Möglichkeiten des IWF hinaus Stützungskredite für gefährdete Währungen bereitzustellen, sofern es seinen währungspolitischen und politischen Interessen entspricht. Alle Versuche des Finanzkapitals, über währungspolitische Maßnahmen die Widersprüche im kapitalistischen Reproduktionsprozeß zu überwinden, gehen zu Lasten der Arbeiterklasse. So sank die Kaufkraft kapitalistischer Währungen von 1960 bis 1975:

USA (Dollar)	auf 56,0%
BRD (DM)	auf 57,1%
Frankreich (Franc)	auf 44,3%
Großbritannien (Pfund)	auf 36,6%
Italien (Lire)	auf 39,9%

Die W. wirkt sich direkt und indirekt auf die Lebenslage der Werktätigen aus und bürdet ihnen zusätzliche